

nehmen kann, auf die Stärkung und den Ausbau der bestehenden demokratischen Herrschaft orientiert, bemüht sich also um deren Legitimierung. Dabei mischen sich je nach Ansatz konservierende und problematisierende Elemente, Affirmation und Kritik, Bekräftigung des Status quo und progressive Zukunftsvisionen. Und die Adressaten werden von der Pädagogik – wie in allen anderen auf Massenloyalität bedachten Regimen auch – nicht als Objekte betrachtet, sondern als Subjekte, die sich die Aufgabe der Erhaltung oder Besserung des Bestehenden selbstbewusst zu eigen machen sollen. In Deutschland dominiert heute der Standpunkt der Besserung: Gezielt wird auf eine aktivierende, lebendige Demokratie, in der der soziale Zusammenhalt gestärkt wird, die Zivilgesellschaft das Heft in die Hand nimmt etc. Zweitens ist die Vorstellung einer politischen Bildung, die nichts will, außer offen dafür zu sein, dass irgendwelche Urteile entstehen, unhaltbar, und Sander gibt sie auch, wenn er auf die Abwehrnotwendigkeiten des politischen Systems zu sprechen kommt, sofort auf. Dann weiß er, dass politische Bildung bei Extremismus, Fun-

damentalismus, Populismus – und wie die einschlägigen, von der etablierten Politik ausgegebenen Schlagworte alle heißen mögen – einzuschreiten hat. Dann werden andere Seiten aufgezogen, sind politische Urteile auszugrenzen. Die Offenheit bei „der Beurteilung politischer Streitfragen“ gilt eben nur so lange, wie sich diese im Rahmen des zugelassenen (Parteien-) Pluralismus bewegen.

Sanders Trias, die weder ideal noch typisch ist, eignet sich auch nicht dazu, die im Handbuch versammelten Positionen zu strukturieren. Hier und da bezieht sich jemand darauf, in der Hauptsache wird aber eine Vielfalt von Ansätzen und Herangehensweisen präsentiert. Interessant für die außerschulische Bildung sind dabei nicht allein die Beiträge zum eigenen Praxisfeld, sondern auch die Querverbindungen zu anderen Diskussionszusammenhängen. Hier wären etwa Sanders Aufsatz über die Kompetenzorientierung zu nennen oder Bernd Overwies Aufsatz zum Paradigmenwechsel in der Umweltbildung. Dasselbe gilt für die Texte zu Medien und

Methoden oder zu den didaktischen Prinzipien. Instrukтив ist etwa der prägnante Beitrag von Tilmann Grammes über das Kontroversitätsprinzip. Er macht zum einen deutlich, dass es sich bei der Kontroversität um ein grundsätzliches Erfordernis theoretischer Weltaneignung geht, das die dialektische Philosophie – bereits Jahrhunderte ‚vor Beutelsbach‘ – expliziert hat. Zum andern zeigt er, dass die heutige politikdidaktische Kodifizierung von Kontroversität nur im Rahmen der zugelassenen Pluralität gilt, dass diese also selber auf einer „Tabuzone“ des Nicht-Kontroversen basiert, wie es Kurt Sontheimer formulierte. Um diesen nicht-kontroversen Sektor in der politischen Bildung sicherzustellen, greift die Politik dann zu verschiedenen Mitteln. Grammes nennt als erstes „Berufsverbote für Beamte“ – eine markante Aussage, die auch einigen Aufschluss über die Professionsentwicklung gibt.

Johannes Schillo

Bundeszentrale revisited

Gudrun Hentges, Staat und politische Bildung – Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“. Wiesbaden (Springer VS) 2013, 493 S., 49,95 €.

Wenn man sich in die Gründungsjahre der *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb) zurückversetzt, begegnet man dem unverfälschten Geist des Kalten Krieges. Mit alten Nazis bestückt, dem „Heimatdienst“ an der Volksgemeinschaft verpflichtet, prinzipienfest im Kampf gegen den bolschewistischen Systemfeind aufgestellt, intern als Propaganda- und Steuerungszentrale der politischen Kultur organisiert, nach außen als „positiver Verfassungsschutz“ mit dem Ziel der



„Reklame für Demokratie“ annonciert, wurde von der Behörde, wie der gegenwärtige bpb-Präsident Thomas Krüger jüngst schrieb, im Grunde eine Art „Immunisierungsstrategie“ verfolgt. Mit Bildung im heutigen Sinne hatten die Anfänge jedenfalls wenig zu tun, eher mit Manipulation und Indoktrination. Gudrun Hentges hat zu dieser Gründungsphase vor gut einem Jahr ihre große Studie „Staat und politische Bildung“ vorgelegt, die in der Fachöffentlichkeit bereits vielfach gewürdigt worden ist – meist mit Lob und Zustimmung. Klaus-Peter Hufer nannte sie z.B. in *Polis* (3/13) „die wichtigste Veröffentlichung zur politischen Bildung seit Jahren.“ (Der Verfasser der vorliegenden Rezension hat eine ausführliche Würdigung in *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 1/14 veröffentlicht.)

Ein Standardwerk

Die einschlägigen zeit- und bildungsgeschichtlichen Zusammenhänge sind natürlich seit langem bekannt. Hier wären vor allem die beiden

Studien „Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung“ (1976) von *Klaus Wippermann* – ein Beitrag zur Vorgeschichte, speziell zur „Reichszentrale für Heimatdienst“ – und „Die Bundeszentrale für politische Bildung“ (1987) von *Benedikt Widmaier* – eine Analyse der Geschichte staatlicher politischer Bildung in der jungen Bundesrepublik – zu nennen (vgl. auch den Sammelband „Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung“ von *Klaus Ahlheim* und *Johannes Schillo* aus dem Jahr 2012). Insofern zeugt das Lob *Armin Pfahl-Traughbers* in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (4/13) – „Hentges betrat mit ihrem Forschungsvorhaben absolutes Neuland“ – von einer gewissen Unkenntnis des Sachgebiets, wie seine Rezension auch den billigen Einwand vorbringt, die Autorin schreibe mehr als Historikerin und weniger als Politikwissenschaftlerin.

In der Tat, *Hentges' Arbeit* ist historisch ausgerichtet. Es geht in ihr um die Entstehungsgeschichte der zentralen Behörde in Sachen politische Bildung und damit um die Anfänge der staatlich geförderten Bildungsarbeit. Die Studie leistet so einen wichtigen Beitrag dazu, die Konstitution des heutigen Praxisfeldes politischer Bildung zu erhellen. Im Fokus der Analyse steht dabei die unmittelbare Nachkriegszeit bis Ende der 50er Jahre, wobei es gelegentlich Ausblicke auf die weiteren Entwicklungen gibt. Am Schluss geht die Autorin auf die 1960 ins Leben gerufene „Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung“ ein, mit der sich allmählich ein Wandel der Behörde abzeichnen begann – eine erste Auswirkung des Reformwillens war die 1963 erfolgte Umbenennung der Einrichtung „für den Heimatdienst“ in „Bundeszentrale für politische Bildung“.

Im Fokus stehen bei *Hentges* natürlich die institutionellen und damit auch die personellen Zusammenhänge, die den Start des neuen förderungspolitischen Akteurs *bbp* bestimmten. So kam unweigerlich das Thema Kontinuität von NS- und Adenauerstaat auf dem Tisch, *Hentges* stellte sich in minutioser Detailarbeit der notwendigen Aufarbeitung, da diese bislang – wie übrigens auch bei anderen Einrichtungen der politischen Bildung – nur in Ansätzen geleistet wurde. Es waren umfangreiche Recherchen in Archiven und Aktenbeständen nötig, die teils überraschende Befunde ergaben. „Ihre Behördengeschichte bekommt manchmal eine geradezu kriminalistische Färbung“, schreibt *Tilman Grammes* dazu in seiner Rezension (*Politisches Lernen* 3-4/13). Die Bundeszentrale griff damals auf bewährtes Personal aus der Nazi-Zeit zurück und versuchte in der Folge diese Personalpolitik zu vertuschen. Die ersten Rezensionen zu „Staat und politische Bildung“ von *Otto Köhler* und *Erhard Meueler* (*Junge Welt*, 1 3 13 bzw. 27 5 13) hoben besonders diese personelle Kontinuität hervor, in der neuen Behörde seien schon bald ehemalige NS-Fachleute „tonangebend“ (*Meueler*) gewesen. Doch erschöpft sich das Buch gerade nicht im Aufgreifen solcher Personalfragen.

In den institutionellen Weichenstellungen und der personellen Auswahl wird vielmehr erkennbar, wie man die politische Bildungsaufgabe offiziell verstand, administrativ regelte und theoretisch aufbereitete. Mit dem Aufweis solcher Verbindungslinien „leistet die Studie indirekt auch einen bildungspolitisch ergänzenden Beitrag zur anhaltenden Debatte über Kontinuität oder Bruch in der akademischen Pädagogik geisteswissenschaftlicher Prägung an den Wendepunkten 1933 und 1945“, halt *Grammes* in sei-

ner ausführlichen Rezension fest. Er benennt dort auch weitere Untersuchungsfelder, die sich aus *Hentges' Aufarbeitung* ergeben, so eine systematische „curricular-didaktische Analyse der Publikationen“ der *bbp*. Die Anleitung der Bildungsarbeit durch die *bbp*-Materialien zu untersuchen wäre eine spannende Aufgabe, dürfte aber angesichts der Aktenlage und der Notwendigkeit, die geförderten Einrichtungen mit einzubeziehen, eine äußerst aufwändige Angelegenheit darstellen.

Unbeschadet solcher weiter gehenden Aufgaben kann man *Hentges* eine „fulminante Arbeit“ (*Hufer*) bescheinigen. Sie hat ein bildungsgeschichtliches Standardwerk zur Förderungs- und Bildungspolitik vorgelegt. Ihre Analyse erschöpft sich eben nicht in institutionellen und personellen Skandalen. Sie untersucht vielmehr die ideellen und konzeptionellen Traditionslinien der bewusst als „Heimatdienst“ gegründeten Bildungszentrale. Sie bestätigt *Widmaiers* früheren Befund von der Einordnung der Bildungsarbeit ins Verfassungsschutzkonzept, also in die entsprechenden Feindbildkonstruktionen des Kalten Krieges, macht zugleich den zeitgeschichtlichen Kontext einer systematischen Formierung der politischen Kultur deutlich und kennzeichnet den vorherrschenden Geist der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Er tradierte die NS-Vorstellung von der gesunden Volksgemeinschaft, die durch zersetzende Kritik von außen gefährdet und gegen deren Einfluss zu immunisieren sei.

Johannes Schillo



Die überwachte Republik

Josef Foscipoth, Überwachtes Deutschland – Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht), 2. Aufl., 2013, 378 S., 34,99 € (auch in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung als Bd. 1415 erschienen).

Grandios. Wenn man sich vor Augen hält, wie dieses Werk zustande gekommen ist, kann man dem Himmel nur danken. *Josef Foscipoth* beschreibt den kleinen Zufall, aus dem ein großes Buch entstand, im Vorwort so: „Es war ein Zufallsfund, eine Akte mit der Aufschrift ‚Postzensur‘ aus dem Jahre 1951 im Bundesarchiv Koblenz, die mein Staunen ausgelöst hat. Aus diesem Staunen bin ich bis zum Abschluss meines Manuskripts nicht herausgekommen. Immer wieder entdeckte ich neue Aspekte, neue Fragen, die mich erneut zum Staunen brachten.“ (7) Respekt, denn der Autor bewies, dass er nicht nur eine feine Nase hat, sondern auch den Ehrgeiz, den Dingen auf

IMPRESSUM – JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Herausgegeben wird das JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG (ein Zusammenschluss von kursiv und Praxis Politische Bildung) vom Bundesausschuss Politische Bildung, vertreten durch Klaus Waldmann (Vorsitzender), und dem Wochenschau Verlag, vertreten durch Bernward Debus

Redaktionsleitung: Johannes Schillo, Postfach 240162, 53154 Bonn, Tel. 0228/317629, journal@wochenschau-verlag.de

Jugendbildung: Prof. Dr. Benno Hafeneeger lehrt an der Philipps-Universität Marburg zu „Jugend und außerschulischer Jugendbildung“ (Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Ropke-Str. 6b/II, 35032 Marburg, Tel. 06421/2825173, Fax 06421/2823946, benno.hafeneeger@staff.uni-marburg.de)

Non-formale Bildung: Benedikt Widmaier M.A., Direktor des Hauses am Maiberg in Heppenheim (Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, Ernst-Ludwig-Str. 19, 64646 Heppenheim, b.widmaier@haus-am-maiberg.de)

Erwachsenenbildung: Dr. Christine Zeuner, Professorin für Erwachsenenbildung an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Tel. 040/6541-2796, Fax 040/6541-2546, zeuner@hsu-hh.de)

Beiträge und Meinungsäußerungen zur Diskussion sind erwünscht. Die Annahme setzt voraus, dass der Verfasser denselben Gegenstand nicht gleichzeitig an anderer Stelle behandelt oder den Beitrag bereits anderweitig veröffentlicht hat bzw. zur Veröffentlichung eingereicht hat. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Sie können zurückgeschickt werden, wenn Rückporto beigefügt ist.

Urheberrecht: Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Verlag und Vertrieb: WOHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Verleger: Bernward Debus, Tessa Debus, Geschäftsführung: Bernward Debus, Tessa Debus, Silke Schneider, Vertriebsleitung: Jürgen Hackstein, Tel. 06196/86065, Fax 06196/86060, info@wochenschau-verlag.de, www.wochenschau-verlag.de



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Förderung: Die Zeitschrift wird aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Bezugsbedingungen: Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Einzelheftpreis 18,99 Euro, im Abonnement 14,95 Euro, Jahresabonnement 59,89 Euro, alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten. Die Kündigungsfrist für das Abonnement beträgt acht Wochen zum Jahresende (31.10.). Bankverbindung: Postbank Frankfurt/M., Konto-Nr. 0 003 770 608, BLZ 500 100 60, IBAN DE68 5001 0060 0003 7706 08, BIC PBNKDE33XXX. Wir empfehlen die preiswerteste und bequeme Zahlung im Lastschriftverfahren.

Anzeigenleitung: Brigitte Bell, 69469 Weinheim, Tel. 06201/340279, Fax 06201/132599, brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Anschriftenänderung: Um die punktliche Lieferung sicherzustellen, bitte Anschriftenänderungen rechtzeitig (mit Angabe der alten Adresse) dem Verlag mitteilen.

Grafische Gestaltung: Klaus Ohl, Wiesbaden

© WOHENSCHAU VERLAG, Schwalbach/Ts., Dr. Kurt Debus GmbH

ISSN 2191-8244 | www.journal.wochenschau-verlag.de | journal@wochenschau-verlag.de
www.wochenschau-verlag.de | www.bap-politischebildung.de | info@bap-politischebildung.de

INHALT

Editorial	5
Schwerpunkt		
	KOMPETENZEN KONTROVERS	7
	Rudolf Tippelt	
	Der pädagogische und bildungspolitische Rahmen der modernen Kompetenzdebatte	
	Zur Differenzierung von Kompetenzkonzepten	8
	Barbara Menke, Klaus Waldmann	
	Kompetenzorientierung in der non-formalen politischen Bildung	18
	Reinhild Hugenroth	
	Politisch – Planbar – Perspektivisch	
	Kompetenznachweise und politische Bildung	27
	Benno Hafeneeger	
	Kompetenzen in der non-formalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung	34
	Johannes Schillo	
	Kompetenzen kontrovers	
	Die Debatte im Bundesausschuss Politische Bildung	42
QuerDenken		
	Thomas Gill	
	Inklusion in der außerschulischen politischen Jugendbildung	
	Ein Werkstattbericht	50
	Anja Hirsch	
	Hochschule als Reflexions- und Weiterbildungsort der außerschulischen politischen Bildung	60

ÜberGrenzen	Europäische Förderprogramme	68
VorGänge	Politische Bildung: Frühjahrskonferenzen	72
LeseZeichen	76
	Politische Bildung als kritische Praxis / Weiterbildungsforschung / Aktuelles Handbuch / Bundeszentrale revisited / Die überwachte Republik / Extremismusforschung / Protest gegen „Tugendterror“	
AugenMerk	96
	Fakten: Politische Bildung / Stiftung Mitarbeit / GEMINI: Erster Welt- krieg / Umwelt: Projektatlas / UN-Dekade: Artenvielfalt / EB: 60 Jahre / Deutscher Weiterbildungstag / IDA: Rechte in Europa / YouTuber gegen Nazis / Fortbildung: Erlebnispädagogik / Personen & Organisationen / Veranstaltungen	

Weitere Heftplanung

Journal für politische Bildung

Heft 4/14 **Protest!**

Redaktionsschluss: 14. August 2014

Heft 1/15 **Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?**

Redaktionsschluss: 13. November 2014

Heft 2/15 **Streitfall Überwachung**

Redaktionsschluss: 9. Februar 2015

Kompetenzorientierung ist spätestens seit den PISA-Studien ein Schlüsselbegriff des bildungspolitischen und pädagogischen Diskurses – und für viele, das muss man hinzufügen, gleichzeitig zu einem Reizthema geworden. „Der Begriff der Kompetenzen hat sich in den letzten Jahren nahezu durchgängig als Referenzbegriff für das, was das Bildungssystem leisten soll, in Deutschland durchgesetzt, und zwar auf allen Ebenen in der Wissenschaft, in der Bildungspolitik und zunehmend auch in der Praxis der Bildungseinrichtungen.“ Das schrieb *Wolfgang Sander* 2008 in *Kursiv* Nr. 3, die dem Thema „Kompetenzdebatte“ gewidmet war und die eine erste Zwischenbilanz der Diskussion im Blick auf die politische Bildung ziehen wollte. Dabei wurden auch vom Standpunkt der außerschulischen Bildung aus (so von *Klaus-Peter Hufer*) gravierende Bedenken angemeldet.

Im selben Jahr erschien die Nr. 4 von *Praxis Politische Bildung* ebenfalls mit dem Schwerpunkt „Kompetenzen in der außerschulischen Bildung“. Dort nahm das Editorial skeptisch Bezug auf den Anspruch einer pädagogische Innovation – „weg von den Stoffen und hin zu den Kompetenzen, damit der Nachwuchs nicht mit theoretischem Schulwissen befrachtet ins Leben tritt und sich erst mühsam mit den praktischen Anforderungen vertraut machen muss, sondern gleich kompetent alle Chancen und Herausforderungen der globalisierten Marktwirtschaft ergreift, um daran lebenslanglich & selbst gesteuert zu lernen, was man für den Ernst des Lebens wirklich braucht.“

Zugleich wurde angemerkt, dass die angekündigte Erneuerung selber eine lange pädagogische Tradition – nicht zuletzt in politischen Kontexten – besitzt.

In beiden Periodica, aus deren Zusammenschluss übrigens 2011 das *Journal für politische Bildung* hervorging, wurde die besondere Situation der außerschulischen politische Bildung gewürdigt. Gut ein halbes Jahrzehnt später ist dies jetzt wieder Thema des vorliegenden Heftes. Den Hintergrund bildet die Fachtagung, die der *Bundesausschuss Politische Bildung (bap)* am 1. April 2014 – in Nachfolge einer früheren Veranstaltung – durchführte. Sie stieß auf große Resonanz und bot Gelegenheit zu einer lebhaften Debatte. Eingeleitet wurde sie mit einer Einführung von *Prof. Dr. Rudolf Tippelt* (Universität München), der den Rahmen der modernen Kompetenzdebatte absteckte. Dem folgt im Heft ein Statement aus dem Vorstand des Bundesausschuss. *Barbara Menke* (Arbeit und Leben), die mit der von ihr geleiteten AG Grundsatz die Tagung vorbereitet hatte, und der Vorsitzende *Klaus Waldmann* (Evangelische Akademien in Deutschland) skizzieren das Anliegen der Trägerszene, diese Debatte zu führen, und halten wichtige Konsequenzen fest.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die Vorträge von *Dr. Reinhild Hugenroth* (Wittenberg) und *Prof. Benno Hafener* (Universität Marburg), die die beiden im Auftrag des *bap* erarbeiteten Expertisen zur Kompetenzorientierung in der politischen Bildung zur Diskussion